

Pro Militia

ZEITUNG DER «PRO MILITIA» VEREINIGUNG EHEMALIGER UND EINGETEILTER ANGEHÖRIGER DER SCHWEIZER ARMEE
JOURNAL DE «PRO MILITIA» ASSOCIATION D'ANCIENS MILITAIRES ET DE MILITAIRES INCORPORÉS DE L'ARMÉE SUISSE
GIORNALE DI «PRO MILITIA» ASSOCIAZIONE DI EX MILITARI E DI MILITARI INCORPORATI DELL'ESERCITO SVIZZERO

Armee und Wirtschaft

Militärische Kaderausbildung aus Sicht des Gewerbes

Hans-Ulrich Bigler, befragt von
Heinrich L. Wirz.

1. Sie veröffentlichen seit diesem Jahr in der Schweizerischen Gewerbezeitung unter dem Titel «Die Schweiz hat neue Führungskompetenz» die Porträts aller frisch brevetierten Leutnants. Was sind Ihre Beweggründe?

Es ist uns wichtig, die herausragende Leistung dieser jungen Menschen zu würdigen. Sie haben ihre persönlichen Vorlieben zu Gunsten eines grossen Ganzen zurückgestellt, und sie haben gezeigt, dass sie bereit sind, Verantwortung zu übernehmen. Das muss beachtet werden. Unsere Schweiz funktioniert nur, wenn die Bürgerinnen und Bürger bereit sind, ihr Bestes für die Allgemeinheit zu geben.

Ein weiterer Grund spricht für diese Veröffentlichung. Der grösste Dachverband der Schweizer Wirtschaft versteht sich auch als staatspolitische Kraft und steht dementsprechend zur Armee. Die KMU-Wirtschaft – kleine und mittlere Unternehmungen – sieht in der Armee einen wichtigen und guten Partner in der Aus- und Weiterbildung von Kadern. Das möchten wir auch deutlich kommunizieren.

2. Sie bezeichnen die Ausbildung zum Armee-Offizier als «die beste praktische Führungsschulung der Schweiz». Warum?

Mit der Offiziersausbildung erhalten junge Menschen eine systema-

tische Einführung in Führungstechnik, Organisation und Kommunikation. Sie lernen, sich klar auszudrücken, konsequent ein Ziel zu verfolgen und in Szenarien zu denken. Das alles wird dann im Praktischen Dienst in die Praxis umgesetzt und später in den Wiederholungskursen gefestigt und verfeinert. Damit ist es für Armeekader möglich, einen Führungs- und Entscheiderrhythmus früh zu erleben und ihn mitzuprägen. Das macht die Armee zur einzigartigen Führungsschule und Kadenschmiede.

3. Sie sind Generalstabsoffizier und waren Truppenkommandant. Bitte schildern Sie kurz Ihre militärische Laufbahn!

Meine militärische Laufbahn begann bei der Festungsartillerie. Auf Stufe Kompanie, Bataillon und Regiment habe ich alle Kommandostufen durchlaufen und zusätzlich die Generalstabslaufbahn absolviert. Heute bin ich als Oberst im Generalstab an der HKA – Höhere Kaderausbildung der Armee – in Luzern im Rahmen des Think Tank zur Unterstützung des Kommandanten, Divisionär Daniel Roubaty, aktiv.

4. Offensichtlich haben Sie eingehende militärische Praxis in Führungs- und Stabsfunktionen. Welches sind Ihre hauptsächlichsten Lehren und Methoden, die Ihnen auch in Ihrer beruflichen Tätigkeit nützen?

Es gibt viele Lehren, die ich mitgenommen habe und täglich anwende. Zwei scheinen mir besonders wichtig. Lagerbeurteilungen sind wertvolle Instrumente, um sowohl die eigenen als auch die fremden Positionen genau zu analysieren. Sie helfen, mögliche Aktionen und Reaktionen im Lichte des Auftrags, aber auch seiner Rahmenbedingungen, abzuschätzen. Das erste, was ich mache, wenn sich eine neue Situation auftut, ist eine sorgfältige Lagebeurteilung.

Eng damit verbunden ist das Denken in Alternativen, das vor allem auch in der Politik wichtig ist. Die ständig wechselnden Allianzen erfordern, stets mehrere Szenarien durchzudenken, bevor sie sich materialisieren lassen. Auch das habe ich in der Armee gelernt.

5. Besteht überhaupt ein grundlegender Unterschied zwischen militärischer und ziviler Führung? Sind nicht einfach die Bezeichnungen anders?

Ja und Nein. Gemeinsam sind beiden der Führungsrhythmus und die

Führungstechnik. Was sie unterscheidet ist jedoch die jeweilige Anwendung. Die Hauptfähigkeit der Person, die sowohl in der Armee als auch im Zivilen eine Kaderstelle belegt, ist es zu wissen, wann welches Instrument wie zum Tragen kommt, und unter welchen Umständen welcher Führungsstil anzuwenden ist.

6. Was sagen Sie zu Behauptungen, die Schweizer Armee habe in Gesellschaft und Wirtschaft an Bedeutung verloren?

Das ist zu kurzfristig und im Grunde genommen falsch. Besonders in der KMU-Wirtschaft ist es nach wie vor ein wichtiges Anliegen, Milizoffiziere aus- und weiterzubilden. Die Offiziersausbildung vermittelt die Führungsschulung und ergänzt damit das in der beruflichen Grund- und Weiterbildung erworbene Wissen in idealer Weise. Die Schweiz ist ein Erfolgsmodell, und das Milizprinzip gehört dazu. Die Miliz verbindet den Staat mit dem einzelnen Bürger und verlangt von ihm, etwas für die Allgemeinheit zu tun. Auf der anderen Seite erhält der Bürger einen schlankeren – und wohl auch kostengünstigeren – Staat, in dem er eine gewichtige Stimme hat. Die Miliz funktioniert nicht nur in der Armee, sondern auch in der Politik, in der öffentlichen Meinungsbildung, in der Freizeit und so weiter. Wir möchten einen menschnahen, unkomplizierten Staat, und so sollen wir weiterhin zum Milizprinzip stehen.

7. Trifft die Meinung zu, dass ausländische Führungskräfte in der Schweizer Wirtschaft das verfassungsmässige Milizprinzip der Armee nicht verstehen und daher ihren Mitarbeitenden eine militärische Kaderausbildung und -funktion erschweren?

Es stimmt, dass ausländische Führungskräfte das Milizsystem nicht kennen. Es stimmt aber nicht, dass sie aus diesem Grund eine Milizkarriere des Schweizer Angestellten verunmöglichen oder erschweren. Es ist unsere Aufgabe, das schweizerische Milizprinzip zu erklären und die skeptischen Führungskräfte dafür zu gewinnen. Letztlich muss jeder militärischer Milizkader persönlich positiv auf sein Umfeld einwirken. Doch auch die Rahmenbedingungen müssen stimmen. Es ist auf Stufe Bund, Armee und Berufsverbände unmissverständlich zu kommunizieren, dass die Milizarmee für alle ein Gewinn ist. Am besten erfolgt dies, indem man der militärischen Ka-



derausbildung einen festen Platz in der Schweizer Bildungslandschaft einräumt.

8. Was sagen Sie zum derzeitigen parlamentarischen Seilziehen um Eckwerte von Anzahl Armee-Angehörigen und -Franken?

Sicherheitspolitisches Denken ist wichtiger denn je. Die Diskussion im Parlament ist mir wiederum zu sehr auf die Mittel der Armee fokussiert. Der erste, wichtigste Schritt, nämlich die interdisziplinäre strategische Auseinandersetzung, ist zu schnell und ohne die gebotene Denktiefe erfolgt. Trotz dem Sicherheitspolitischen Bericht hat die Schweiz immer noch keine definierten strategischen Interessenschwerpunkte und -räume. Damit kann unser Land die Sicherheitspolitik nicht mit anderen Politikbereichen, etwa der Aussen- oder der Wirtschaftspolitik, vernetzen. Beim Seilziehen um Eckwerte ist das Parlament daran, auf einen personellen und finanziellen Mittelweg einzuschwenken. Entscheidend ist jedoch, ob dieser der Armee erlaubt, ihre bestehenden Aufträge zu bewältigen. Dazu stelle ich fest, dass die Milizvereinigungen klar begründete Forderungen mit höheren Eckwerten veröffentlicht haben.

9. Wie beurteilen Sie eine allfällige Kampfflugzeugbeschaffung (Tiger-Teilersatz) aus volkswirtschaftlicher und insbesondere aus gewerblicher Sicht?

Die Sicherheit ist ein wichtiger Standortfaktor unseres Landes. Es steht immer wieder im Zentrum des globalen Geschehens und wird auch in Zukunft Gastgeber wichtiger internationaler Veranstaltungen

wie das Weltwirtschaftsforum Davos, der Frankophoniegipfel, sportliche Titelkämpfe und so weiter. Damit ist die Schweiz auch für den Schutz der Teilnehmer verantwortlich. Insbesondere für diese Grossanlässe, aber auch während der «normalen Lage» – mit dem Flughafen Zürich als einem der wichtigsten Knotenpunkte in Europa – ist ein klarer Bedarf für autonome Mittel in der Luft festzustellen. Deshalb begrüsse ich die Entscheide, den Tiger-Teilersatz voranzutreiben, sehr.

Da die Sicherheit ein Standortfaktor ist, ist ihre Wahrung von volkswirtschaftlicher Bedeutung. Doch diese Bedeutung merkt man erst, wenn Sicherheit nicht mehr gegeben wäre, und die Schweiz dann an Attraktivität sowohl als Austragungsort dieser Anlässe als auch als Gastland zahlreicher Unternehmen oder sogar als Finanzplatz verlore.

Aus gewerblicher Sicht ist vor allem die Aufrechterhaltung des attraktiven Standortes wesentlich. Denn die KMU-Wirtschaft profitiert von einer international vernetzten und beachteten Schweiz. Der Tiger-Teilersatz ist ein Faktor in der Garantie dieser attraktiven Rahmenbedingung und damit auch aus gewerblicher Perspektive ein wichtiges Sachgeschäft.

Hans-Ulrich Bigler, Ökonom (lic. rer. pol), Oberst im Generalstab und ehemaliger Regimentskommandant, ist heute im Think Tank der HKA eingeteilt. Er ist seit 2008 Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbandes sgV und kandidiert im Herbst im Kanton Zürich für den Nationalrat auf der Liste der FDP.
www.hansulrich-bigler.ch

Inhaltsverzeichnis Table des matières Indice

Armee und Wirtschaft	1
L'Armée et l'économie	2
Armee und Bundeshaus	2
Sicherheitspolitik – wo beginnen?	3
«Wir wollen eine Armee, die modernen Erfordernissen gerecht wird.»	4
Sorgen wir selber für unsere Sicherheit!	4
SOG: 23 Forderungen für eine glaubwürdige Armee/SSO: 23 jalons d'une armée crédible	5
Milizvereinigungen verlangen 120'000 Armeeingehörige	6
Buchempfehlungen/Recommandations de livres/Lecture recommandate	7
Studie «Sicherheit 2011»	8
Leserbriefe	8
Impressum/«Ich trete bei; J'adhère; Mi faccio socio»	8

L'armée et l'économie

La formation des cadres militaires vue par les arts et métiers

Interview: Heinrich L. Wirz

1. Hans-Ulrich Bigler, depuis cette année, vous publiez, dans le Journal des arts et métiers, sous le titre «La Suisse a de nouvelles compétences de conduite», les portraits de tous les lieutenants frais émoulus de l'école d'officier de l'Armée suisse. Quels motifs vous animent?

Il nous tient à cœur d'honorer la prestation extraordinaire de ces jeunes gens. Ayant relégué au second plan leurs préférences personnelles pour se mettre au service d'un grand ensemble, ils ont démontré qu'ils étaient prêts à assumer des responsabilités. Cela mérite considération. Notre pays ne peut fonctionner que si ses citoyennes et citoyens sont prêts à donner le meilleur d'eux-mêmes pour la collectivité.

Mais une autre raison motive aussi cette publication. Etant une force politique sur le plan national, l'usam, numéro 1 de l'économie suisse, est conséquente et soutient l'armée. Les PME tiennent l'armée pour un bon partenaire jouant un rôle essentiel dans la formation et le perfectionnement des cadres. Et nous tenons à le faire savoir.

2. Vous désignez l'école d'officier de l'Armée suisse comme «la meilleure école de Suisse en matière de formation pratique à la conduite». Pourquoi?

L'école d'officier permet aux jeunes de s'initier de façon systématique aux techniques de conduite, à l'organisation et à la communication. Ils apprennent à s'exprimer clairement, à poursuivre résolument un objectif et à penser en termes de scénarios. Tout cela est ensuite mis en pratique dans le service militaire, puis consolidé et perfectionné dans les cours de répétition, ce qui permet aux cadres de l'armée d'expérimenter très tôt un rythme de conduite et de décision, en y prenant part. C'est ce qui fait de

l'armée une école de conduite unique en son genre, une vraie «forge» de cadres.

3. Vous êtes officier d'état-major et avez été commandant de troupes. Décrivez-nous brièvement votre carrière militaire.

Ma carrière militaire a débuté dans l'artillerie de forteresse. Aux niveaux compagnie, bataillon et régiment, j'ai parcouru tous les échelons hiérarchiques et j'ai fait en outre la carrière d'état-major. Je suis aujourd'hui colonel d'état-major au HKA de Lucerne, où j'exerce mon activité au sein du Think Tank de soutien du commandant, le divisionnaire Daniel Roubaty.

4. Vous avez manifestement une solide expérience pratique des fonctions de conduite et d'état-major. Quels sont principalement les acquis et méthodes utiles que vous appliquez également dans votre vie professionnelle?

Il y a beaucoup de choses que j'ai faites miennes et que je pratique chaque jour. Deux me paraissent particulièrement importantes. L'analyse de situation est un précieux instrument pour avoir une juste appréciation de ses propres positions et de celles d'autrui. Par rapport à la mission à accomplir, elles aident à juger des actions et réactions possibles, mais aussi à évaluer correctement les conditions dans lesquelles elle s'inscrit. La première chose que je fais, lorsqu'une situation nouvelle se présente, est d'analyser à fond la situation. Cela implique de réfléchir en termes d'alternatives, ce qui est surtout important en politique. La versatilité des alliances exige de prévoir toujours plusieurs scénarios avant qu'ils ne se concrétisent. Cela aussi, je l'ai appris à l'armée.

5. Y a-t-il une différence substantielle entre diriger des civils et diriger des militaires? N'est-ce

pas simplement la terminologie qui diffère?

Oui et non. Il y a deux choses en commun: le rythme de conduite et la technique de conduite. Là où réside la différence, c'est dans leur application. La principale aptitude requise d'une personne occupant une fonction de cadre – au militaire comme au civil – est de savoir quel instrument utiliser et à quel moment s'en servir, quel style de conduite adopter et dans quelles circonstances.

6. Que pensez-vous de l'opinion selon laquelle l'armée suisse aurait perdu de son importance [ou de sa signification] dans notre société et notre économie?

C'est à courte vue. Et en somme, c'est faux. Former et perfectionner des officiers de milice reste un souci majeur, surtout dans le secteur des PME. L'école d'officier forme à la conduite des hommes et complète ainsi de façon idéale le savoir acquis par la formation professionnelle initiale et continue. La Suisse est un modèle de réussite. Et le système de milice y est pour beaucoup, car il établit un lien entre l'Etat et le citoyen en exigeant de celui-ci qu'il fasse quelque chose pour la collectivité. Par ailleurs, le citoyen vit dans un Etat moins «gourmand» et dans lequel il a voix au chapitre. Le système de milice fonctionne non seulement dans l'armée, mais également dans la vie politique, la formation de l'opinion publique, les loisirs etc. Si nous voulons un Etat simple et proche des gens, tenons-nous en au système de milice.

7. On dit que les cadres dirigeants étrangers actifs dans l'économie suisse ne comprennent pas le principe constitutionnel de la milice et tentent d'empêcher leurs collaborateurs de suivre une formation d'officier et d'exercer une fonction de cadre dans l'armée. Selon vous, cette assertion correspond-elle à la réalité?

C'est un fait que les cadres dirigeants étrangers ne connaissent pas le système de milice. Mais il n'est pas vrai que, pour cette raison, ils compliquent ou empêchent une carrière militaire de leurs employés suisses. C'est à nous d'expliquer le système de milice et de convaincre de son bien-fondé les cadres sceptiques. Finalement, chaque cadre de milice doit exercer personnellement une action positive sur son entourage. Mais il faut aussi que les conditions générales s'y prêtent. Il s'agit de faire entendre sans ambages, aux niveaux de la Confédération, de l'armée et des associations professionnelles, qu'une armée de milice est un avantage pour tous. La meilleure chance de succès à cet égard est d'assigner une place déterminée à la formation de cadre militaire dans le paysage éducatif suisse.

8. Que pensez-vous des empoignades parlementaires actuelles au sujet de valeurs de référence déterminant le nombre de militaires et de francs consacrés à l'armée?

Penser une politique de sécurité est plus important que jamais. Une fois de plus, les débats parlementaires sont trop focalisés sur les moyens de l'armée. La première étape, la plus importante, qui est la discussion stratégique, se fait de manière trop hâtive et sans la profondeur de pensée requise. Malgré le rapport sur la politique de sécurité, la Suisse n'a toujours ni centres ni zones d'intérêt stratégique définis. Notre pays ne peut donc pas coordonner sa politique de sécurité avec d'autres politiques sectorielles, comme la politique extérieure ou la politique économique.

Mais pour en revenir aux empoignades que vous évoquiez, le Parlement s'oriente actuellement vers un compromis en matière de personnel et de moyens financiers. Reste à savoir si cela permettra à l'armée de mener à bien ses missions actuelles. Je constate à ce propos que les organisations de milices ont exprimé des exigences absolument justifiées avec des valeurs de référence élevées.

9. Comment jugez-vous, du point de vue de notre économie natio-

nale, notamment des arts et métiers, l'achat éventuel de nouveaux avions de combat destinés à remplacer partiellement les Tiger?

La sécurité de la Suisse est un facteur d'attrait essentiel sur le plan international. Régulièrement au centre d'événements mondiaux, notre pays est l'hôte de plusieurs manifestations réunissant des gens très importants, comme le Forum économique de Davos, le Sommet de la Francophonie, des compétitions sportives etc., et il est responsable de la sécurité des participants. Pour ces grands événements, et même en temps normal – avec l'aéroport de Zurich, qui est une des plaques tournantes les plus importantes d'Europe – il est absolument indispensable de disposer de moyens autonomes dans le domaine aérien. Je suis donc très satisfait de la décision d'aller de l'avant pour un remplacement partiel des Tiger.

Comme la sécurité est un facteur d'implantation important, la garantir est essentiel pour l'économie nationale. Mais cette importance, on ne s'en apercevra que si, la sécurité n'étant plus là, la Suisse en venait à perdre de son attrait comme pays-hôte de ces manifestations, comme pays d'accueil et d'implantation d'entreprises diverses, voire en tant que place financière.

Aux yeux des arts et métiers, l'essentiel est de sauvegarder l'attrait de notre place économique. Car les PME profitent des connexions et de la considération dont jouit la Suisse sur le plan international. Le remplacement partiel des Tiger est un facteur entrant en ligne de compte dans la garantie de conditions-cadre attractives, mais c'est aussi une affaire importante du point de vue des arts et métiers.

Hans-Ulrich Bigler, économiste (lic. rer. pol), colonel EMG et ancien commandant de régiment, fait aujourd'hui partie du Think Tank du HKA. Directeur de l'Union suisse des arts et métiers usam depuis 2008, il sera cet automne candidat du canton de Zurich pour l'élection au Conseil national sur la liste du PRD.

www.hansulrich-bigler.ch

Armee und Bundeshaus: Herbstsession 2011

Armeebericht 2010 des Bundesrates stösst auf Widerstand Differenzen um Bestände und Flugzeuge, Franken und Finanzierung

Heinrich L. Wirz

Das Parlament ist willens, in seiner Herbstsession mittels eines Bundesbeschlusses den vorläufigen Schlussstrich unter das militär- und parteipolitische Gezerre um Bestände und Flugzeuge sowie um Franken und Finanzierung der Schweizer Armee zu ziehen.

Es wird voraussichtlich dem Bundesrat mit dessen illusionärem Armeebericht 2010 nicht folgen. In diesem sind nur 80 000 Armeeangehörige (AdA) und 4,4 Milliarden Franken jährlicher Ausgabenplafond vorgesehen.

Politische Ausgangslage

Der Ständerat nahm am 1. Juni 2011 den Armeebericht vom 1. Oktober 2010 zur Kenntnis. Er stimmte einem Bundesbeschluss zu, den Bun-

desrat zu beauftragen, «dem Parlament bis spätestens Ende 2013 eine Botschaft zur Änderung der Rechtsgrundlagen für die Weiterentwicklung der Armee vorzulegen». Dabei seien die nachstehenden Eckwerte einzuhalten (Auszüge; Hervorhebungen hinzugefügt).

Ständerätliche Eckwerte

1. Die Armee hält die **Kernkompetenz Verteidigung** aufrecht und entwickelt sie weiter, **unterstützt** mit dem Gros und einer Ablösung subsidiär die **zivilen Behörden** und ist fähig, **1000 AdA** für humanitäre Hilfeleistungen und die Friedensförderung einzusetzen.

2. Die Armee verfügt zur Erfüllung ihrer Aufträge über einen Sollbestand von **100 000 Militär-**

dienstpflichtigen. Die Zahl der **Durchdiener** (Freiwillige) beträgt höchstens **15%** eines Rekrutenjahrganges.

3. Die Finanzierung muss die **Einhaltung der Eckwerte** sicherstellen.

Weiter entschied die Kleine Kammer, den Bundesrat zu beauftragen, «dem Parlament bis **Ende 2011** eine Botschaft für ein besonderes **Finanzierungsmodell** zur Beschaffung folgender Rüstungsgüter vorzulegen»:

a) **22 neue Kampfflugzeuge** (Tiger-Teilersatz) im Betrag von höchstens **5 Milliarden Franken**;

b) Beseitigung der **Ausrüstungslücken** im Betrag von höchstens **1,2 Milliarden Franken**.

Nationalrätliche Anträge

Die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates (SiK-NR) will die Rechtsgrundlagen-Botschaft bis **Ende 2012** und hat die ständerätlichen Eckwerte 1 und 2 übernommen, das heisst insbesondere **100 000 AdA**. Ein Antrag für 120 000 AdA wurde mit 15 gegen 11 Stimmen abgelehnt (siehe Kasten!).

Der Eckwert 3 der SiK-NR lautet dagegen:

«Die Finanzierung muss bei einem Ausgabenplafond von **5 Milliarden Franken** ab 2013 die Einhaltung der Eckwerte sowie die Beseitigung der Ausrüstungslücken und die geplante Ersatzbeschaffung der Kampfflugzeuge (TTE) sicherstellen.»

Zudem beantragt die SiK-NR – entgegen dem Ständerat – anstelle ei-

ner bundesrätlichen Botschaft für ein besonderes Finanzierungsmodell:

«Der Bundesrat unterbreitet dem Parlament eine **Änderung des Finanzhaushaltgesetzes**, wonach die Erträge aus Verkäufen oder Vermietungen von Armeeliegenschaften und Armeematerial sowie aus den von der Armee erbrachten Dienstleistungen für die Erneuerung der Armee eingesetzt werden können.»

Tiger-Teilersatz (TTE)

Die Geschichte des TTE dauert bereits rund zehn Jahre und lässt sich aufgrund unzähliger Zitate aus behördlichen Schriftstücken und Wortmeldungen nachverfolgen. Zur Finanzierung des TTE sei an die Erkenntnis in der bundesrätlichen

Botschaft vom Juli 2003 zum Entlassungsprogramm 2003 für den Bundeshaushalt erinnert (03.047/EP 03; Hervorhebungen hinzugefügt):

«Die zunehmend wichtiger werdenden luftpolizeilichen / luftthoheitlichen Aufgaben sind eine **strategische Herausforderung auf Stufe Bundesrat**. Die dafür vorgesehene Flotte F/A-18 wird mit der Ausmusterung der Tiger F-5 zu klein sein. Es braucht zum **Zeitpunkt 2010 rund 50 moderne Kampfflugzeuge**, um diesen Auftrag erfüllen zu können. Der Investitionsbedarf beträgt aus heutiger Sicht gegen **3 Milliarden Franken**. Dies wird aus dem **ordentlichen Armeebudget nicht mehr finanzierbar** sein.»

Zwei Fragen stellen, heisst diese bereits beantwortet: Hat die Landesregierung ihre «strategische Herausforderung» bestanden? Wo waren im Jahr 2010 die «rund 50 modernen Kampfflugzeuge»? Im August 2010 bekräftigte der Bundesrat wohl seinen Grundsatzentscheid für die TTE-Beschaffung, verschob jedoch auf Antrag des Verteidigungsdepartementes (VBS) [sic] den Zeitpunkt bis spätestens 2015. Seither hat das Parlament das Vorhaben an die Hand genommen, was in seinen Vorstössen und in den letzten Entscheiden von Ständerat und SiK-NR zum Ausdruck kommt.

Armeebericht 2010

Der Bundesrat ist im Ständerat und in der SiK-NR mit seinen Bestandes- und Finanzzahlen nicht durchgekommen. Schon vorher hatten die ausserdienstlichen militärischen Milizvereinigungen, angefangen bei der Schweizerischen Offiziers-

gesellschaft (SOG), den bundesrätlichen Armeebericht 2010 geschlossen abgelehnt. Warum?

Die Landesregierung hat mit ihrem Vorgehen grundlegend verkehrt angefangen und das Pferd vom Schwanz her aufgezäumt. Sie begann erneut bei den finanziellen Mitteln für die Landesverteidigung und nicht bei den verfassungsmässigen Aufgaben sowie den gefährlichsten Bedrohungen. Sie setzt damit die Sicherheit, die Unabhängigkeit und die Neutralität der Schweiz aufs Spiel.

Fehlentscheid November 2008

Der Bundesrat hatte schon am 26. November 2008 in grobfahrlässiger Weise beschlossen, die Armee um rund ein Viertel an Personal, Material und Finanzen zu schrumpfen. Wohlverstanden: Ein rein finanz- und parteipolitisch erzwungener einsamer Beschluss des unkollegialen Kollegiums in seiner damaligen Zusammensetzung, nämlich vor der Wahl des neuen Chefs VBS. Dies alles geschah in der bundesrätlichen Dunkelkammer – ohne vorhergehende öffentliche Erörterung und ohne parlamentarische Mitwirkung. Zudem ein undemokratisches Vorgehen, weil im Widerspruch stehend zum Volksentscheid vom 18. Mai 2003 – der Referendumsabstimmung über das geänderte Militärgesetz als Rechtsgrundlage für die Armee XXI.

Widerstand der Miliz

Die Bestandesvorgaben der Armee XXI sind 220 000 AdA, wovon 140 000 Aktive und 80 000 Reserve. Wer jetzt bei den durch die Miliz ge-

forderten 120 000 AdA von einer grösseren und teureren Armee spricht, verdreht die Tatsachen. Im Gegenteil: Nehmen wir den Bestand der Armee 61 von ungefähr 600 000 AdA mit 100%, so sank schon die Armee 95 mit zirka 400 000 AdA auf 67% und die Armee XXI auf 37%. Die 120 000 AdA bedeuteten nur noch 20%, ganz zu schweigen vom verfassungswidrigen Schrumpfbestand des Bundesrates von 80 000 AdA oder 14%.

Die Schweizerische Offiziersgesellschaft als militärische Themenführerin, unterstützt durch weitere Milizvereinigungen, stellt «23 Forderungen für eine glaubwürdige Armee» darunter (Auszug, siehe auch Seite 5!):

→ Das Milizsystem stärken:

Die Armee ist entsprechend den Bedürfnissen und Möglichkeiten der Miliz zu organisieren und auszubilden.

→ Die verfassungsmässigen Aufträge erfüllen:

Der Sollbestand der Armee muss mindestens 120 000 Angehörige betragen, damit die Aufträge wirkungsvoll erfüllt werden können und die Durchhaltefähigkeit auch bei länger dauernden Einsätzen gewährleistet ist.

→ Die Ausrüstung verbessern:

Die Luftwaffe muss zum Luftpolizeidienst, zur Luftverteidigung und zum Erdkampf befähigt sein. Die Beschaffung eines neuen Kampfflugzeuges ist weiterzuführen

→ Die Ausbildung optimieren:

Einsatz-, Führungs- und Ausbil-

dungsverantwortung der Chefs aller Stufen dürfen nicht getrennt werden.

→ Die Zukunft ermöglichen:

Im langjährigen Durchschnitt ist für die Finanzierung der Landesverteidigung ein Anteil von mindestens 1,0 – 1,5 % des Bruttoinlandproduktes auszugeben.

Diese breitabgestützten Forderungen richten sich in erster Linie an die bürgerlichen National und Ständeräte – insbesondere im Vorfeld der bevorstehenden Parlamentswahlen vom 23. Oktober 2011.

Heinrich L. Wirz,
Bundeshaus-Redaktor.

Bundesverfassung

Artikel 185 Äussere und innere Sicherheit

¹ Der Bundesrat trifft Massnahmen zur Wahrung der äusseren Sicherheit, der Unabhängigkeit und der Neutralität der Schweiz.

² Er trifft Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit.

«Das Problem besteht darin, dass die Torheit dort, wo sie an die Regierung gelangt, sehr viel weiterreichende Folgen für eine grössere Zahl von Menschen hat, als die Torheit eines Einzelnen je haben kann.»

Barbara Tuchman (1912–1989),
amerikanische Historikerin, in:
Die Torheit der Regierenden –
Von Troja bis Vietnam.

Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats (SiK-NR)

Antrag für 120 000 Armeeingehörige und jährliche Ausgaben von 5,2 Milliarden Franken: mit 15 zu 11 Stimmen abgelehnt.

Zustimmung:

Christian Miesch (SVP/BL), Roland Borer (SVP/SO), Toni Bortoluzzi (SVP/ZH), Jakob Büchler (CVP/SG), Thomas Hurter (SVP/SH), Arthur Loepfe (CVP/AI), Walter Müller (FDP/SG), Yvan Perrin (SVP/NE), Ulrich Schlürer (SVP/ZH), Pius Segmüller (CVP/LU), Bruno Zuppiger SVP/ZH.

Ablehnung:

Evi Allemann (SPS/BE), Prisca Birrer-Heimo (SPS/LU), Max Chopard-Aklin (SPS/AG), Corina Eichenberger-Walther (FDP/AG), Edi Engelberger (FDP/NW), Chantal Galladé (SPS/ZH), Ida Glanzmann-Hunkeler (CVP/LU), Ursula Haller Vannini (BDP/BE), Anita Lachenmeier-Thüring (Grüne/BS), Josef Lang (Grüne/ZG), Peter Malama (FDP/BS), Geri Müller (Grüne/AG), Sylvie Perrinjaquet (FDP/NE), Marianne Streiff-Feller (EVP/BE), Eric Voruz (SPS/VD).

Sicherheitspolitik – wo beginnen?

Carlo S. F. Jagmetti

In der schweizerischen Sicherheitsdebatte klaffen rechtliche und politische Realität immer weiter auseinander. Nötig wäre eine Klärung der Grundsatzfrage, ob die Schweiz Lösungen erarbeiten will und kann, die der gegenwärtigen Verfassung entsprechen, oder ob das Grundgesetz revidiert werden soll.

Die Wende von 1989 hat nicht nur Europa und die Welt verändert, sondern auch für die Schweiz eine neue Lage geschaffen – dies ist heute notorisch. Während viele Lebensgebiete durchaus erfolgreich mit den Veränderungen und der daraus folgenden Globalisierung zu recht kommen, herrscht Verunsicherung hinsichtlich unseres politischen Standpunktes und unserer Beziehungen mit dem Ausland. Da ist die Schweiz vor allem mit drei Herausforderungen konfrontiert: die Beziehungen mit der Europäischen Union, das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten von Amerika und die Sicherheit. Die drei Problemkreise sind eng verknüpft, was die Suche nach Lösungen kompliziert.

Grundprinzipien in Frage gestellt

Die Sicherheitspolitik der Schweiz ist seit Jahren Gegenstand vieler Debatten und zahlreicher Publikationen. Der Sicherheitspolitische Bericht, der Armeebericht und die Publikationen wie zum Beispiel der kürzlich erschienene Bericht von Avenir Suisse heizen die Diskus-

sion an. Vielerorts herrscht Skepsis. Das ist eine logische Folge der vielen gegensätzlichen Darstellungen, von Kehrtwendungen, mitunter von Demagogie und von behördlicher Manipulation durch «Spin Doctors». Gewisse Grundprinzipien wie allgemeine Wehrpflicht und Milizsystem werden in Frage gestellt. Die Nützlichkeit des völkerrechtlichen Instrumentes der Neutralität wird angezweifelt. Dies alles geschieht vor dem Hintergrund einer erst zwölfjährigen neuen Bundesverfassung, die alle diese Grundsätze ausdrücklich festschreibt.

In der erwähnten Studie von Avenir Suisse wird ein als «Weiterentwicklung der Sicherheit durch Kooperation» bezeichnetes Modell unter anderem mit «modifizierter Neutralität» empfohlen. Wenn man von einer rein rechtlichen Betrachtung ausgeht, sollte es eigentlich nur eine mit der gegenwärtigen Verfassung wirklich vereinbare Lösung geben, die mit den ausserpolitischen Grundsätzen übereinstimmt und dem Verfassungsauftrag entspricht. Der heutige Ist-Zustand weicht bereits von der Verfassung ab, indem die Armee den Verfassungsauftrag nicht erfüllen kann und die Konzeption der Auslandsbeziehungen neutralitätsrechtlich zumindest fragwürdig und mit einer glaubwürdigen Neutralitätspolitik nicht vereinbar ist. A fortiori stehen alle noch weitergehenden Modelle im Widerspruch zu gewissen Vorschriften der gegenwärtigen Bundesverfassung. Verfassungsrechtliche und politische Realität klaffen

immer mehr auseinander. Es wird sich zeigen, welche sich der ändern anpassen. Die Versuche von Behörden, Verwaltung, Medien, Experten, mit extensiven Auslegungen dem Sinn der Verfassung auszuweichen, helfen nicht weiter. Eine verwässernde Interpretation der Verfassung ist in einem Rechtsstaat nicht tolerierbar. Besonders von offizieller Seite darf dem Souverän nichts vorgegaukelt werden, wie etwa dahingehend, dass man zur Gewährleistung der eigenen Sicherheit mit einer Mini-Armee in internationalen Strukturen mitmachen müsste, dass solches mit all unseren Grundsätzen vereinbar wäre und dass damit unsere Sicherheit am besten gewährleistet würde, in der unheimlichen Illusion, dass einer unserer Nachbarstaaten oder gar die USA uns in einer kritischen Situation helfen würden.

Nato-Mitgliedschaft als Option?

Also müsste man eigentlich zurückbuchstabieren zu einem vom Ausland unabhängigen Sicherheitskonzept mit Ausnahme der in früherem Masse gepflegten Zusammenarbeit in Nachrichten-, Ausbildungs- und Rüstungsfragen. Wer solches Zurückbuchstabieren fordert, mag als realitätsfremd erscheinen. Theoretisch ist eine solche Lösung aber an sich durchaus denkbar, allerdings nur, sofern die dafür nötigen und zweifellos bedeutenden menschlichen und materiellen Ressourcen bereitgestellt werden. Wenn man eine solche Lösung ausschliesst,

bleibt bei ehrlicher Betrachtung nur die Möglichkeit übrig, unsere Bundesverfassung zu revidieren, einige unserer Grundwerte aufzugeben und damit die Grundlage zu schaffen zum Mitmachen als Vollmitglied in einer Militärallianz. Alles, was sich zwischen den zwei Extrem-Lösungen bewegen sollte, wäre auch nur mit einer entsprechenden Verfassungsänderung möglich und würde zudem sicherheitspolitisch kaum weiterhelfen.

Das gegenwärtige Allianzsystem der Nato steht und fällt mit der Leistungsbereitschaft der Supermacht USA. Rein europäische Konzepte in überzeugender Dimension wird es wohl – wenn überhaupt – höchstens in späterer Zukunft geben (wie weit ist denn die gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik der EU gediehen?). Ein Beitritt zur Europäischen Union würde der Schweiz sicherheitspolitisch auf absehbare Zeit nichts bringen. Wenn sich die Schweiz einer Allianz anschliessen möchte, käme realistischere Weise somit nur die Nato in Frage. Mit einem Nato-Beitritt würde sich die Schweiz also in die direkte Abhängigkeit der USA begeben und hätte in der Paktorganisation als kleines Land mit wenigen militärischen Mitteln hinter den grösseren europäischen Nato-Partnern, unter denen sich zwei Atommächte befinden, zurückzustehen und kaum etwas mitzubestimmen. Die Frage, wie viel Sicherheit eine Nato-Mitgliedschaft der Schweiz beschern würde, kann wohl niemand beantworten. Seit Einführung der Armee XXI und den nachfolgenden Schritten



(Bild: www.fuv.ch)

befindet sich die Schweiz auf unsicherem Terrain. Die sicherheitspolitische Lage ist beunruhigend. Mit den Grundsatzfragen beschäftigt man sich hohen Orts zu wenig. De quoi s'agit-il? Bevor man sich in sicherheitspolitischen und andern staatspolitisch relevanten Belangen festlegt, sollte man sich bemühen, die Grundsatzfrage zu beantworten, ob die Schweiz Lösungen erarbeiten will und kann, die der gegenwärtigen Verfassung entsprechen, oder ob das Grundgesetz in ganz wesentlichen Punkten revidiert werden soll, um adäquate Lösungen zu finden. Der Souverän ist angesprochen.

Erschienen in der Neuen Zürcher Zeitung am 16.06.2011.

Die Redaktion von «Pro Militia» dankt dem Verfasser und der NZZ für die freundliche Genehmigung zum Abdruck.

Carlo S.F. Jagmetti, Dr. iur. und Oberstleutnant im Generalstab a D, war Schweizer Botschafter in Südkorea, bei der EU, in Frankreich und in den USA.

Jean-Pierre Bonny: «Wir wollen eine Armee, die modernen Erfordernissen gerecht wird.»

Pro Militia freut sich am 80. Geburtstag ihres ehemaligen Präsidenten (2005–2008), gratuliert ihm nachträglich und veröffentlicht nachfolgend den militärbezogenen Teil aus einem Interview durch Rudolf Burger in «Der Bund» vom 18. Juni 2011. (Red.)

Ein anderes Thema, das ihnen lieb und teuer ist, ist das Militär. Sie sind ein Kritiker der verschiedenen Armeeformen. Sind Sie kein Freund von Bundesrat Maurer?

Mit ihm komme ich sehr gut aus. Der Reformbedarf bei der Armee war für mich unbestritten, ich habe seinerzeit bei der Kommission Brunner an Reformen mitgearbeitet. Aber was daraus wurde, der Bundesbeschluss vom Mai 2008, der Entwicklungsschritt 08/11, war eine Katastrophe. Da hiess es, wir reduzieren die Armee, aber wenn nötig, setzen wir auf Aufwuchs. Als Präsident der Vereinigung Pro Militia wollte ich wissen, was das kosten würde. 44 Milliarden, stellte sich heraus, und für einen Aufwuchs würden sechs bis zwölf Jahre gebraucht. Wo blieb die Machbarkeitsstudie?

Das Problem ist: Es fehlt der Feind.

Das ist oberflächlich. Natürlich müssen wir nicht mit einem Panzerangriff rechnen. Aber unsere Armee muss Sicherungsaufgaben erfüllen. Da geht es zum Beispiel um die Sicherung der europäischen Nord-Süd-Achse. Das ist absolut lebenswichtig auch für andere Staaten. Eine zweite Aufgabe: Es gibt Objekte, die durch terroristische Anschläge gefährdet sein könnten.

Jetzt sind wir wieder bei den AKW.

Das sind solche Objekte, aber ebenso wichtig sind die grossen Flughäfen. Es war ein grosser Fehler, dass man die Armee-Alarmformationen aufgehoben hat.

Aktuell gibt es Streit um Flugzeuge. Brauchen wir neue Düsenjäger?

Die sind ein Beitrag, den wir zugunsten der Sicherheit des Luftraums leisten müssen. Es braucht eine gewisse Anzahl Flieger für die Luftraumpolizei.

Man hat den Eindruck, es braucht diese Flugzeuge nur noch, um das WEF in Davos zu schützen.

Wenn wir das WEF wollen, müssen wir eine gewisse Sicherheit bieten. Es ist noch nicht so lange her, dass in New York Schlimmes geschehen ist.

Konkret könnte man für 2,2 Milliarden zehn bis zwölf Flugzeuge kaufen.

Das ist sehr teuer, zugegeben. Die dritte Aufgabe der Armee ist die innere Sicherheit, die in Artikel 173 und 185 der Bundesverfassung als Bundesaufgabe vorgeschrieben ist.

Dafür haben wir doch die Polizei.

Und was passiert bei Naturkatastrophen? Die Polizei, von der wir ohnehin zu wenig haben, ist sofort am Anschlag. Bei Naturkatastrophen kommt der wesentlichste Beitrag immer von der Armee, die hat auch das nötige Material.

Wie gross muss diese Armee sein – 80 000, 100 000 Mann?

100 000 bis 120 000. Mit Pro Militia haben wir nicht nur vor dem Auf-

wuchs gewarnt, sondern auch die ungenügende Logistik kritisiert. Jahrelang hat man verleugnet, dass die einrückende Truppe ihr Material nur unvollständig fassen konnte. Bei Pro Militia und allen andern, die Armeeprobleme thematisieren, handelt es sich nicht um Ewiggestrige. Wir wollen eine Armee, die modernen Erfordernissen gerecht wird.



(Bild: Valérie Chételat/«Der Bund»)

Sind Sie auch für internationale Zusammenarbeit?

Die Frage ist: Kooperation mit wem?

Mit der Nato.

Aha, und das Neutralitätsprinzip wird auf die Seite gestellt?

Neutralität halten Sie also nach wie vor für wichtig und richtig?

In unserer revidierten Verfassung ist die Neutralität erstmals festgeschrieben. Das ist wichtig. Neutralität ist nicht Selbstzweck, sie muss

auch nicht auf ewig garantiert sein, aber sie ist Ausdruck des Kleinstaats. Mich nervt es, wenn im Parlament davon geredet wird, die EU «verschweizern» zu wollen. Mit dieser Oberlehrer-Mentalität kann ich nichts anfangen.

Erschienen in «Der Bund» am 18.06.2011.

Die Redaktion von «Pro Militia» dankt dem Verfasser und dem «Bund» für die freundliche Genehmigung zum Abdruck.

Zur Person

Jean-Pierre Bonny, Jahrgang 1931, ist in Bern geboren und aufgewachsen. Er studierte Jus an der Universität Bern und schloss 1956 als Bernischer Fürsprecher ab. Er arbeitete in der Eidgenössischen Finanzverwaltung, bei der Swissair und als rechte Hand von Direktor Otto Fischer beim Schweizerischen Gewerbeverband. 1972 wechselte Jean-Pierre Bonny ins Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (Biga), dessen Direktor er 1974 wurde. Nach seiner Wahl in den Nationalrat 1983, dem er bis 1999 angehörte, arbeitete er als selbstständiger Wirtschaftsberater. Politische Erfahrung hatte er sich auch als Berner Stadtrat (1960–1961), Gemeinderat in Bremgarten (1968–1975) und Grossrat (1970–1974) geholt. Im Militär war er Oberst und Regimentskommandant. Jean-Pierre Bonny ist verheiratet. Er wohnt in Bremgarten. (Quelle: Der Bund)

Sorgen wir selber für unsere Sicherheit!

Christian Miesch

Mit grosser Hoffnung, aber auch mit Sorge verfolgen wir die Ereignisse in Nordafrika und im Nahen Osten.

Erinnern wir uns kurz, wie alles begann: In Tunesien zündete sich im Dezember ein junger Mann an. Trotz guter Ausbildung mit Hochschulabschluss muss er seinen Lebensunterhalt mit dem Verkauf von Früchten und Gemüse bestreiten. Von den Behörden schikaniert und mit seinen Anliegen nicht ernst genommen, schritt er aus Verzweiflung zur Tat. Das Ganze nahm schliesslich immer grössere Dimensionen an. In kurzer Folge wurden die langjährigen Diktatoren in Tu-

nesien und Ägypten gestürzt. Autoritäre Regimes, die seit Jahrzehnten ihre Länder fest im Griff hatten, wurden innert weniger Wochen und Monate vom Druck der Strasse weggefegt. Mittlerweile stehen weitere arabische Potentaten – zum Beispiel auch «unser Freund» Gaddafi – unter enormem Druck. Wir können zwei Lehren aus diesen denkwürdigen Ereignissen ziehen:

Erstens zeigt uns das traurige Beispiel des jungen Tunesiers, wie wichtig eine bürgernahe Regierung ist. Mit der direkten Demokratie, dem Föderalismus und der Subsidiarität – Entscheide werden möglichst weit unten gefällt. – haben wir in der Schweiz ausgezeichnete Mit-

tel, um dieses Ziel zu erreichen. Vielfach wird das als Selbstverständlichkeit erachtet. Nun wurde uns wieder einmal vor Augen geführt, was passiert, wenn diese Grundprinzipien missachtet werden. Zweitens erleben wir, wie rasch jahrzehntlang als scheinbar stabil geltende Systeme plötzlich ins Wanken kommen und stürzen können.

Die Sozialdemokratische Partei will die Armee abschaffen. Sie meint zu wissen, dass es in Europa nie mehr einen Krieg geben wird. Selbstverständlich hoffen wir dies alle. Gleichzeitig vergessen wir aber, dass es gar nicht so lange her ist, als in den Neunzigerjahren mitten in Europa – nämlich in Jugoslawien – ein brutaler Bürgerkrieg wütete. Gewissheit werden wir niemals haben. Deshalb müssen wir achtsam sein und für unsere Sicherheit selber etwas leisten. Wir können und dürfen uns dabei nicht auf andere verlassen.

Bundesrat Ueli Maurer sieht das genauso und will seine Verantwortung wahrnehmen, doch der Gesamt-Bundesrat diktiert ihm eine andere Politik. Vor 20 Jahren hatten wir noch eine Armee mit über 600 000 Soldaten. Heute sind wir bei einem aktiven Bestand von gut 160 000. Der Bundesrat will noch weiter hinunter – auf 80 000. Die bürgerliche Mehrheit in den Eidgenössischen Räten wird sich voraussichtlich auf 100 000 Armeeangehörigen einigen. Persönlich setze ich mich für einen Mindest-Bestand von 120 000 ein. Unser Land braucht eine einsatzbereite Landes-

verteidigung. Dies bedingt ausreichend Mittel und Personal. Die Euro-Krise und die massive Staatsverschuldung verschiedener Länder bedrohen die europäische Stabilität spürbar. Es brodelt in den betroffenen Bevölkerungen. Wie das Beispiel Griechenland sehr eindrücklich zeigt, ist es womöglich ein sehr kurzer Schritt, bis wir auch in unseren Breitengraden mit Unruhen und grosser sozialer Unrast konfrontiert sind. Wir wiegen uns in einer scheinbaren Sicherheit. Es wäre naiv, ja geradezu fahrlässig, wenn wir uns darauf verlassen würden. Nur wer sein Haus in Ordnung hält und seine Wehrbereitschaft glaubhaft unter Beweis stellt, kommt seiner Verantwortung nach und leistet einen Beitrag zu einer dauerhaften Sicherheit.

Christian Miesch ist Hauptmann a D, Nationalrat und Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission. Er stellt sich im Herbst zur Wiederwahl im Kanton Basel Landschaft auf der Liste der SVP.

Keine Regierung und keine Bataillone vermögen Recht und Freiheit zu schützen, wo der Bürger nicht im Stande ist, selber vor die Haustüre zu treten und nachzusehen, was es gibt.

Gottfried Keller, in: «Zürcher Novellen/ Das Fähnlein der sieben Aufrechten»

Adressänderungen

Aufruf an unsere Leserschaft

Die Post sendet nach Ablauf der Nachsendefrist das an Sie adressierte Exemplar der Zeitung Pro Militia zurück und meldet uns Ihre neue Adresse nicht mehr.

Bitte teilen Sie daher Ihre allfälligen Adressänderungen frühzeitig an die im Impressum (Seite 8 unten) angegebene E- oder Post-Adresse mit! Sie sichern sich damit den lückenlosen Empfang Ihrer Zeitung Pro Militia. (Red.)

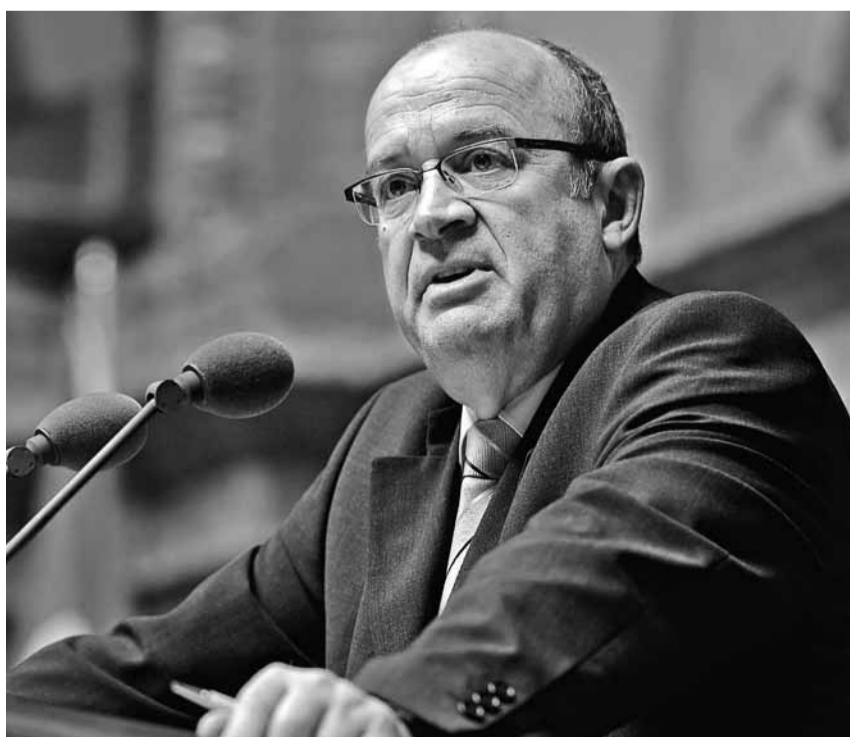
Changements d'adresse

Appell à nos lecteurs

Après l'expiration de l'ordre pour faire suivre votre courrier, La Poste nous renvoie votre exemplaire du journal Pro Militia sans indiquer votre nouvelle adresse.

Veillez donc indiquer votre changement d'adresse par E-mail ou courrier à l'adresse figurant à l'impression (à la page 8 en-bas)!

Vous vous assurez ainsi la bonne réception de votre journal Pro Militia. (réd.)



Schweizerische Offiziersgesellschaft

23 Forderungen für eine glaubwürdige Armee

Positionspapier vom 25. Juni 2011 (Auszug):

→ Das Milizsystem stärken:

1. Die allgemeine Wehrpflicht ist beizubehalten und konsequent durchzusetzen.
2. Das Milizsystem ist zu erhalten und zu stärken. Die Armee ist entsprechend den Bedürfnissen und Möglichkeiten der Miliz zu organisieren und auszubilden.
3. Die Armee ist zu dezentralisieren und in allen Regionen des Landes zu verankern.
4. Jedem Armeeeingehörigen muss es möglich sein, die Rekrutenschule in seiner Landessprache (Deutsch, Französisch, Italienisch) zu absolvieren.
5. Die Zahl der jährlich geleisteten Dienstage ist nicht aus finanziellen Gründen zu limitieren.

6. Beim zivilen Ersatzdienst ist die persönliche Anhörung wieder einzuführen.

→ Die verfassungsmässigen Aufträge erfüllen:

7. Die Fähigkeit der Armee zur Verteidigung ist ihre Raison d'être und ihre Hauptkompetenz. Darauf ist die Armee organisatorisch, materiell und personell auszurichten und auszubilden.
8. Der Sollbestand der Armee muss mindestens 120000 Angehörige betragen, damit die Aufträge wirkungsvoll erfüllt werden können und die Durchhaltefähigkeit auch bei länger dauernden Einsätzen gewährleistet ist.
9. Die Anzahl der Verbände ist nicht zu reduzieren.
10. Auf die strukturierte Reserve ist zu verzichten und die Reserve-

verbände sind zu aktiven Verbänden zu machen.

11. Die Friedensförderungseinsätze im Ausland sind auf Nischenleistungen auszurichten, die für die betroffene Region oder die internationale Gemeinschaft einen hohen Mehrwert schaffen.

→ Die Ausrüstung verbessern:

12. Die Verbände der Armee sind vollständig auszurüsten. Ausrüstungslücken sind rasch zu schliessen.
13. Für die Ausrüstung der Armee ist ein im Vergleich mit europäischen Staaten mittleres Technologieniveau anzustreben.
14. Die Armee ist durch die Einführung und den Ausbau geeigneter Führungsinformationssysteme zur netzwerkzentrierten Operationsführung zu befähigen.

15. Das Heer muss mit modernen schweren Mitteln (Panzer, Artillerie) ausgerüstet sein und in allen Lagen als Gesamtsystem funktionieren können. Die Infanterie ist mit splittergeschützten Fahrzeugen, panzerbrechenden Mitteln und weitreichenden Bogenwaffen auszurüsten.

16. Die Luftwaffe muss zum Luftpolizeidienst, zur Luftverteidigung und zum Erdkampf befähigt sein. Die Beschaffung eines neuen Kampfflugzeuges ist weiterzuführen.

17. Die Logistik ist den Bedürfnissen der Truppe anzupassen. Das der Truppe zur Verfügung stehende Material muss permanent zu mindestens 80% einsatzbereit sein.

→ Die Ausbildung optimieren:

18. Einsatz-, Führungs- und Ausbildungsverantwortung der Chefs aller Stufen dürfen nicht getrennt werden.

19. Im Zentrum der militärischen Ausbildung hat die Kaderaus- bildung zu stehen.

20. Rekruten- und Kaderschulen sind mit den zivilen Ausbildungs- und Studiengängen zu koordinieren.

→ Die Zukunft ermöglichen:

21. Im langjährigen Durchschnitt ist für die Finanzierung der Landesverteidigung ein Anteil von mindestens 1,0 – 1,5% des Bruttoinlandproduktes auszugeben.
22. Für die Weiterentwicklung der Armee ist, basierend auf einer umfassenden Doktrin, ein neues Armeeleitbild zu erarbeiten.
23. Die sicherheitspolitischen Grundlagen sind pro Legislatur durch das Parlament einer Überprüfung zu unterziehen und ungefähr alle zehn Jahre vollständig neu zu erarbeiten.

Société Suisse des Officiers

23 jalons d'une armée crédible

La SSO exige un effectif de 120000 militaires, le maintien du système de milice dans son intégralité, l'obligation de servir et une base financière de 5,3 milliards de francs.

Le président de la SSO, le col EMG Hans Schatzmann, a confirmé que la SSO refusait une politique de sécurité essentiellement dictée par les finances ou par des facteurs politiques. Les intérêts stratégiques de la Suisse doivent être garantis par une stratégie sécuritaire crédible, cohérente et adaptée à la réalité découlant des incertitudes qui caractérisent l'environnement sécuritaire en 2011. Dans les cinq à quinze ans à venir, la Suisse se verra confrontée à une

multitude de menaces, de risques et de dangers le tout dans un environnement instable. Pour l'armée cela signifie entre autre que la défense demeure sa raison d'être. Dans ce domaine il s'agit de conserver le cœur de compétences nécessaire tant en ce qui concerne le savoir faire que le pouvoir faire, et de remplacer vite l'avion de combat caduc, le Tiger.

La SSO rappelle que dans ce domaine la mise en place d'une capacité militaire spécifique exige habituellement au moins 15 ans. Il serait dès lors totalement irresponsable de spéculer sur l'absence de menaces durant la même période. Pour le surplus l'armée doit gagner en souplesse, polyvalence et mobilité afin

d'être aussi en mesure d'assumer son rôle de réserve stratégique au profit des autorités civiles (p. ex. les cantons) et ce dans le respect du principe de subsidiarité.

Le sous-financement de l'armée, constaté depuis des années, entraîne des lacunes et défauts inacceptables pour l'armée, alors que le peuple lui-même avait accepté le modèle Armée XXI ainsi que le financement qui en découlait.

La SSO revendique que sur le long terme, la dépense moyenne annuelle pour la défense du pays doit se situer entre 1,0 à 1,5% du produit intérieur brut (PIB), ce qui est la base minimale pour que le profil de prestations décrit dans le rapport sur l'Armée soit assuré.

L'armée suisse doit rester une armée de milice, basée sur l'obligation de servir. Tous les modèles alternatifs de service militaire ont une chose en commun: Ils ne correspondent pas aux réalités politique, économique et sociale de la Suisse. Actuellement plusieurs pays européens font l'expérience désagréable du passage à la professionnalisation avec d'insolubles problèmes de carence d'effectif.

En outre il est important que l'armée soit à nouveau fortement décentralisée et ancrée dans toutes les régions du pays respectant en cela son rôle de ciment confédéral permettant le mélange culturel, linguistique, social des astraits.

Enfin la Suisse doit couvrir autant que possible de manière autonome ses besoins en matière de politique de sécurité. Mais la SSO attend aussi qu'elle utilise tous les moyens de coopération de façon pragmatique et qu'elle approfondisse la coopération politico-militaire avec l'étranger dans les domaines de l'instruction, de l'équipement, des services de renseignements, de la défense contre avions, des missions internationales de paix et de la défense de menaces transfrontalières.

Communiqué de presse du 12 juillet 2011

Arbeitsgemeinschaft für eine wirksame und friedenssichernde Milizarmee (AWM)

Streumunition: Kein Verzicht auf wirksame Defensivwaffe

Die «Arbeitsgemeinschaft für eine wirksame und friedenssichernde Milizarmee» (AWM) lehnt die Ratifizierung des Übereinkommens über Streumunition durch die Schweiz ab. Die Kanistermunition der Schweizer Armee ist eine wirkungsvolle Defensivwaffe, die nur im Verteidigungsfall gegen einen militärischen Angriff zum Einsatz kommt.

Ein Ersatz durch teurere, aber weniger wirksame intelligente Munitionssorten, zusätzliche Panzer oder sogar Kampfhelikopter ist unverhältnismässig und politisch nicht opportun. Die Schweiz soll wie das ebenfalls neutrale Finnland mit Bezug auf die legitime Selbstverteidigungsfähigkeit auf die Ratifikation

des Übereinkommens verzichten. Der Bundesrat beschloss heute, dem Parlament die Genehmigung zur Ratifizierung des Übereinkommens über Streumunition (Convention on Cluster Munitions) zu beantragen. Das Übereinkommen kam nach völkerrechtswidrigen Einsätzen von technisch veralteter Streumunition gegen die Zivilbevölkerung, zum Beispiel in Libanon, zu Stande.

Die Arbeitsgemeinschaft für eine wirksame und friedenssichernde Milizarmee» (AWM) lehnt die Ratifizierung des Übereinkommens aus folgenden Gründen ab: Die Kanistermunition der Schweizer Armee ist eine wirksame Defensivwaffe zur Verteidigung gegen einen militärischen Angriff. Müsste sie zerstört werden, wäre

die – neben einem kleinen Bestand an moderner intelligenter Munition – verbleibende Artilleriemunition eine Sprenggranate, die vor über 50 Jahren entwickelt wurde und die bezüglich Wirkung und Reichweite ungenügend ist. Mit einem Verzicht auf die Kanistermunition gäbe die Schweiz einen Teil ihrer Verteidigungsfähigkeit preis.

Die Zivilbevölkerung in Krisengebieten und die internationale Gemeinschaft hätten davon aber keinen Nutzen. Die Munition dient ausschliesslich der Verteidigung der Schweiz. Zudem entspricht die Schweizer Munition dem neuesten technischen Stand, die Blindgängerrate ist tief und nicht mit der beanstandeten, meist veralteten ausländischen Streumunition vergleichbar.

Die militärische Alternative zur Kanistermunition wäre die teurere «intelligente», aber in ihrer Wirkung begrenzte STRIX- und SMART-Munition oder schwere Waffensysteme wie zusätzliche Panzerfahrzeuge oder Kampfhelikopter. Beide sind aber zu teuer und politisch kaum opportun.

Das ebenfalls neutrale Finnland ist mit Bezugnahme auf die legitime Selbstverteidigungsfähigkeit dem Übereinkommen nicht beigetreten. Für den Fall, dass die Schweiz das Übereinkommen dennoch ratifiziert, so ist zumindest ein Vorbehalt anzubringen, wonach die Schweiz auf die Vernichtung ihrer aktuellen Bestände an moderner Kanistermunition verzichtet.

Medienmitteilung vom 6. Juni 2011

Wer ist Pro Militia?

Pro Militia ist eine Vereinigung ehemaliger und eingeteilter Angehöriger der Schweizer Armee sowie von Bürgerinnen und Bürgern, die sich für die Sicherheit unseres Landes und für eine glaubwürdige Milizarmee einsetzen.

Qui est Pro Militia?

Pro Militia est une association d'anciens militaires et de militaires incorporés à l'armée suisse, ainsi que d'autres citoyennes et citoyens qui s'engagent pour la sécurité de notre pays et pour une armée de milice crédible.

Chi è Pro Militia?

Pro Militia è un'associazione di ex militari e di militari incorporati nell'esercito svizzero nonché di altri cittadine e cittadini che si impegnano per la sicurezza del nostro Paese e per un esercito di milizia credibile.

1. August 2011: Milizvereinigungen verlangen 120 000 Armeeangehörige

Christian Miesch

Schweizerische Offiziersgesellschaft
Schweizerischer Unteroffiziersverband
Arbeitsgemeinschaft für eine wirksame und friedenssichernde Milizarmee
Pro Militia
Schweizer Schiesssportverband
Gesellschaft der Offiziere der Luftwaffe
Gruppe GIARDINO
PRO LIBERTATE
Verein Sicherheitspolitik und Wehrwissenschaft
Landeskonferenz der militärischen Dachverbände
proTELL
Forum Flugplatz Dübendorf
AKTION AKTIVDIENST
Sektionschefs Zürcher Oberland

An die bürgerlichen Mitglieder der
Sicherheitspolitischen Kommission des
Nationalrats (SiK-N)

Kopien:
- Ständerat Bruno Frick, Präsident SiK-S
- Bundesrat Ueli Maurer, Chef VBS
- KKdt André Blattmann, Chef der Armee

Zürich, 1. August 2011

Milizorganisationen fordern:

Mindestens 120'000 Soldaten Armeeangehörige und mindestens 5 Milliarden Budget, Ausgabenplafond im Bundesbeschluss festhalten

Sehr geehrter Herr Nationalrat Buechler,
Sehr geehrte Damen und Herren Nationalräte

An den kommenden Sitzungen im August setzt Ihre Kommission die Beratung des **Armeeberichts 2010** fort und fällt massgebliche Entscheide für die Sicherheit unseres Landes.

Die unterzeichnenden Milizorganisationen begrüßen die erheblichen Korrekturen des Armeeberichts durch die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerats. Der bundesrätliche Vorschlag ist insofern ungenügend, als er nicht die Konsequenz einer umfassenden Analyse ist, sondern in erster Linie die vom Bundesrat am 28. November 2008 gefassten Sparbeschlüsse und Abbaupläne umzusetzen versucht. Das Leistungsprofil ist kaum mehr verfassungskonform.

- 2 -

Der Zusatzbericht vom 28. März 2011 erlaubt es nun, in Varianten über Leistungsprofil, Armeebestände und Budgets zu diskutieren und zu beschliessen. Dies ist begrüssenswert.

Zur Erfüllung der Armeeaufgaben gemäss Bundesverfassung reicht aber auch der vom Ständerat beschlossene Bestand von 100'000 Armeeangehörigen nicht aus:

Bezüglich des Kernauftrags Verteidigung weist dieses Modell – wie auch der bundesrätliche Vorschlag – keine eigentlichen operativen Fähigkeiten mehr auf. Es bleibt beim blossen Kompetenzerhalt („savoir faire“). Eine echte Verteidigungsfähigkeit („pouvoir faire“) weist die 100'000er Variante nicht auf. Das Gutachten von Professor Rainer Schweizer vom 23. August 2010 zeigt klar, dass der Verfassungsauftrag zur Verteidigung des Landes und der Bevölkerung eine reale und nicht nur eine theoretische Verteidigungskompetenz der Armee verlangt.

Im Bereich der Unterstützung der Kantone zur Bewältigung ausserordentlicher Ereignisse ermöglicht das 100'000er Modell im Vergleich mit der bundesrätlichen Variante zwar eine verbesserte Leistungsfähigkeit. Die Variante mit 120'000 Armeeangehörigen würde aber die Durchhaltefähigkeit wesentlich verbessern – und dies zu vergleichsweise geringen Mehrkosten.

Die unterzeichnenden Milizorganisationen fordern deshalb:

- Einen aktiven Bestand von mindestens 120'000 vollausgerüsteten und -ausgebildeten Armeeangehörigen sowie eine angemessene Reserve an inaktiven AdA, basierend auf einem klar definierten Leistungsprofil in zeitlicher und räumlicher Hinsicht.
- Ein Budget für die militärische Landesverteidigung von jährlich mindestens 5 Milliarden Franken.
- Der Ausgabenplafond ist, wie von der SiK-S gefordert, explizit im Bundesbeschluss festzuhalten! Nur so können die ungenügenden Eckwerte des bundesrätlichen Armeeberichts korrigiert werden und der Bundesrat wird gezwungen, für eine echte Ausfinanzierung der Landesverteidigung zu sorgen.
- Eine rasche Beschaffung des Tiger-Teilersatzes auf der Basis des 2010 abgeschlossenen Evaluationsverfahrens.
- Die Sistierung der überhastet eingeleiteten sowie die Überprüfung der vorgesehenen Massnahmen zur Ausserdienststellung von Ausrüstungsgütern und Infrastrukturen.

- 3 -

Sehr geehrte Damen und Herren Nationalräte, die Ereignisse in Nordafrika und im arabischen Raum zeigen einmal mehr, wie instabil und vor allem unvorhersehbar die politische Lage ist. Die Armee ist die einzige Sicherheitsreserve in der Hand der Schweizer Regierung. Nur eine modern ausgerüstete, gut ausgebildete, ausfinanzierte und für die personalintensiven Aufgaben genügend grosse Armee ist in der Lage, die Schweiz und ihre Bevölkerung zu schützen und die kantonalen Behörden zu unterstützen.

Sie sind aufgerufen, diese Aspekte bei Ihren Überlegungen einzubeziehen und entsprechend Ihre Verantwortung für die Sicherheit der Schweizer Bevölkerung wahrzunehmen.

Wir danken Ihnen für Ihre Unterstützung und grüssen Sie mit vorzüglicher Hochachtung

Schweizerische Offiziersgesellschaft Schweizerischer Unteroffiziersverband



Hans Schatzmann, Präsident



Alfons Cadario, Co-Zentralpräsident

Arbeitsgemeinschaft für eine wirksame und friedenssichernde Milizarmee



Andreas W. Widmer, Präsident

Pro Militia



André Liaudat, Präsident

Schweizer Schiesssportverband



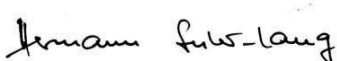
Dora Andres, Präsidentin

Gesellschaft der Offiziere der Luftwaffe



Fabian Ochsner, Präsident

Gruppe GIARDINO



Hermann Suter, Präsident ai

PRO LIBERTATE



Thomas Fuchs, Präsident

- 4 -

Verein Sicherheitspolitik und Wehrwissenschaft



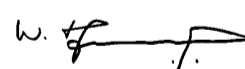
Günter Heuberger, Präsident

Landeskonferenz der militärischen Dachverbände



Max Rechsteiner, Präsident

proTELL



Willy Pfund, Präsident

Forum Flugplatz Dübendorf



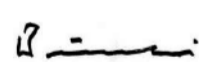
Peter Bosshard, Präsident

AKTION AKTIVDIENST



Hans Ruedi Schaffhauser, Präsident

Sektionschefs Zürcher Oberland



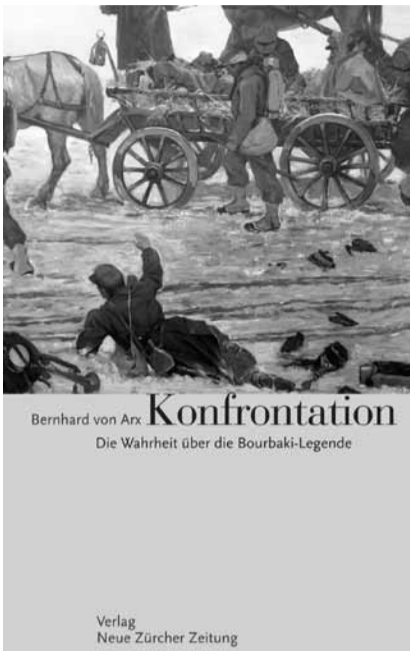
Reinhardt Dünki, Vizepräsident

Kontakt:

Arbeitsgemeinschaft für eine wirksame und friedenssichernde Milizarmee (AWM),
Reto Sidler, Geschäftsführer, Postfach 467, 8024 Zürich, info@awm-cmep.ch

Buchempfehlungen / Recommandations de livres

Die Schweiz am Rande von Katastrophe und Krieg Machtkampf zwischen EMD-Chef und General



Eine französische Armee unter General Charles Bourbaki und, nach seinem Selbstmordversuch, unter General Justin Clinchant, wurde im Januar 1871 gegen die Schweizer Grenze abgedrängt, vom Waffenstillstand ausgeschlossen und ersuchte um Internierung. Bernhard von Arx schildert einerseits diesen bisher einmaligen humanitären Kraftakt und dessen Hintergründe. Er gibt andererseits Einblick in den durch den Chef des Eidgenössischen Militärdepartementes (EMD), Bundesrat Emil Welti, gegen den Oberkommandierenden der Schweizer Armee, General Hans Herzog, geführten intrigenhaften Machtkampf. Der Autor stützt sich auf umfangreiche damalige Quellen, mit Schweregewicht auf die Berichte und die Protokolle der Sitzungen des Bundesrates und der Eidgenössischen Räte. Er verwebt die Zitate daraus mit dem Kriegsverlauf nördlich der Schweiz und mit tragischen Einzelschicksalen von Soldaten als Zeitzeugen beider Frontseiten. Gleich einem Dokumentarfilm entsteht ein eindruckliches Bild, wie trotz widriger militärischer Voraussetzungen der noch junge Bundesstaat Schweiz eine schwere sicherheitspolitische Bewährungsprobe zu bestehen hatte, was ihm internationales Ansehen verschaffte. Jedoch entging die damalige Eidgenossenschaft nur durch glückliche Fügungen und nur um Haaresbreite einer kriegerischen Katastrophe. Am schicksalsträchtigen 1. Februar 1871 war es nämlich auf Messers Schneide gestanden, «ob man die fast hunderttau-

send Franzosen wirklich entwaffnen und internieren konnte, oder ob die gewaltige Überzahl sich ungehemmt ins Land ergoss, verfolgt von den Deutschen». Vor allem aus den damaligen Berichten von General Herzog können zeitlose militärhistorische und -politische Erkenntnisse und Lehren gezogen werden. Er kämpfte gegen «das Scheinwesen in der Armee»: Das Schweizer Heer war mangelhaft auf den Krieg vorbereitet. «Es sind Übelstände zutage getreten, deren Beseitigung man seit Jahren bewerkstelligt glaubte.» Weder der genialste General noch der beste Stabschef hätten im Handumdrehen ins Lot bringen können, «was jahrelang vernachlässigt worden war.» Die Militärbürokratie überbordete. Die Landesregierung befand sich weit weg vom Geschütz und beurteilte die Lage zum Teil falsch und unvollständig, handelte überstürzt, finanzgetrieben und kürzte die militärisch notwendigen, durch den General verlangten Truppenaufgebote. Die mehrdeutige Kommandoordnung zwischen Bundesrat, Chef EMD und Oberbefehlshaber sowie insbesondere persönliche Spannungen zwischen den beiden Letzteren führten zu für die Schweiz äusserst gefährlichen Entschlüssen. Das persönliche Verhältnis von Bundesrat Welti – «Baron von Bern» – zu General Herzog war von Missgunst und Prestigedenken geprägt. Der ehemalige Gymnasiallehrer, Universitäts- und Volkshochschullehrer und Schriftsteller Bernhard von Arx vermittelt in seinem inhaltlich und sprachlich flüssig und

spannend zu lesenden lebhaften Werk erstmaligen oder wiederholten Geschichtsunterricht für eine breite Leserschaft. Dabei drängen sich Vergleiche zur heutigen behördlichen Wehrpolitik und die daraus zu ziehenden Lehren geradezu auf.

Heinrich L. Wirz

Bernhard von Arx: Konfrontation – Die Wahrheit über die Bourbaki-Legende. 240 Seiten, 18 schwarzweisse Abbildungen, gebunden. Verlag Neue Zürcher Zeitung, Zürich 2010. ISBN 978-3-03823-618-4 Verkaufspreis: Fr. 38.–

Der Genfer Eduard Castres, im Jahre 1881 Maler des eindrucklichen Bourbaki-Panoramas in Luzern, war als freiwilliger Rot-Kreuz-Helfer Augenzeuge des dramatischen Geschehens. Wie kam es dazu, dass Anfang Februar 1871 rund 85000 Angehörige der zu einem Teil noch kampffähigen französischen Ost-Armee im Raume Les Verrières entwaffnet und interniert wurden?

Zur Erinnerung in Kürze: Frankreich verlor den unter Napoleon III gegen Preussen begonnenen Deutsch-Französischen Krieg 1870/71, Vorläufer des Ersten Weltkrieges. Militärische Niederlagen und Kapitulationen des Französischen Kaiserreiches führten 1870 zu dessen Ende und 1871 mit Wilhelm I zum Beginn des Deutschen Kaiserreiches.

La Suisse et la résistance face au Troisième Reich Contre les révisionnistes de l'histoire suisse 1939-1945

Ce nouvel ouvrage est une traduction de The Swiss and the Nazis – How the Alpine Republic survived in the Shadow of the Third Reich, publié en 2006 avec succès aux Etats-Unis.*

L'ambassadeur Carlo F. S. Jagmetti constate dans sa préface que «c'est surtout en se fondant sur des sources allemandes que l'auteur réussit à corriger la présentation des 'néohistoriens' et à démontrer que la situation de la Suisse était extrêmement sérieuse et que la menace militaire allemande était une réalité grave.» Jean-Jacques Langendorf, le traducteur de ce nouveau titre révélateur, est historien militaire et écrivain. Il se souvient dans son introduction de la curieuse fièvre malsaine qui s'est emparée de la Suisse vers la fin des années 90 du siècle précédent. «Si certains se sont efforcés de démontrer, avec un acharnement psychotique, que notre pays avait fait tout faux entre 1939 et 1945, Stephen P. Halbrook montre qu'il a fait ce qu'il a pu, dans des conditions extraordinairement difficiles.»

L'auteur, juriste et historien américain, se penche une fois de plus sur l'attitude de la Suisse durant la Seconde Guerre mondiale. Sur la base de nombreux témoignages oraux qu'il a recueillis, il décrit notamment le comportement de la population et sa volonté de résistance au national-socialisme. Il souligne le rôle important joué par la satire dans la lutte contre le dictateur Adolf Hitler et son Troisième Reich, ainsi que celui assumé par les actualités filmées. Il décrit également les analyses des Services secrets allemands, le rôle de l'espionnage et de la subversion et les nombreux avantages que les réseaux de renseignement américains ont retirés de la Suisse. Des documents nouveaux et une approche originale ouvrent, avec ce livre, des perspectives et des découvertes inédites jusqu'à présent.

L'ouvrage est divisé en quatre parties. La première, La guerre des mots et des nerfs, montre comme la Suisse a conçu une «défense spirituelle». La deuxième partie, Préparatifs d'invasion, concerne les mesures militaires par la Suisse et par l'Allemagne. La troisième partie présente Le combat pour la survie: nourriture, combustible et peur. La quatrième et dernière partie, Espionnage et subversion, traite des questions stratégiques ainsi que des fascinantes activités de renseignements helvétiques pendant la guerre. Stephen P. Halbrook, s'est fait connaître en Suisse déjà par son ouvrage courageux Target Switzerland – Swiss Armed Neutrality in World War II, publié aux Etats-Unis (Sarpedon, Rockville Centre, New

York, 1998). Il montre dans ce livre, traduit en français sous le titre de La Suisse encerclée, quels ont été les efforts déployés par les Suisses pour assurer leur indépendance face aux menaces du Reich allemand.**

L'auteur conclut: «Durant la Deuxième Guerre mondiale, un terrorisme d'Etat massif devait être combattu et contrecarré par tous les moyens. La Suisse, comme les Etats-Unis, a eu sa 'grande génération' qui englobe tous ceux qui étaient prêts à sacrifier leur vie dans le cas d'une attaque nazie. La manière dont la petite Suisse a affronté le monolithe national-socialiste constitue une leçon qui mérite de passer dans les annales de l'histoire.»

Heinrich L. Wirz



Traductions allemandes: * Schweizer Widerstand gegen Nazi-Deutschland – von Zeitzeugen erlebt und dokumentiert, eine Ergänzung zum Bergier-Bericht, 288 Seiten, gebunden. Verlag Merker im Effingerhof, Lenzburg, 2010 ISBN 978-3-9523667-0-7 Verkaufspreis: Fr. 49.–

** Die Schweiz im Visier – Die bewaffnete Neutralität der Schweiz während des Zweiten Weltkrieges. Geleitwort von Sigmund Widmer, 371 Seiten, 41 Abbildungen, broschiert. Verlag Novalis/Rothenschliker, Schaffhausen/Stäfa, 1999 ISBN 3-907817-08-7 Verkaufspreis: Fr. 34.–

Stephen P. Halbrook: La Suisse face aux nazis. Préface de Carlo F. S. Jagmetti. Introduction et traduction de Jean-Jacques Langendorf. 336 pages, broché. Editions Cabédita, Bière 2011. www.cabedita.ch ISBN 978-2-88295-608-8 Prix de vente: Fr. 39.–

Armeebestände der Armeen 61, 95, XXI und 2011? Flugzeugbeschaffung TTE? Armee, Bund und Kantone?

Armee-Synopse: Haben Sie die Übersicht über die Daten, Fakten und Zahlen der vier Armeeeorganisationen 61, 95, XXI und 2011 verloren? Wie lauten die derzeitigen Eckwerte der Schweizer Milizarmee im Vergleich zum Armeebereich vom 1. Oktober 2010 und zum

Zusatzbericht vom 28. März 2011? **Tiger-Teilersatz (TTE):** Wie kam es zum vielkritisierten bundesrätlichen Marschhalt und Verschiebungsentscheid vom 25. August 2010? Wie und wann soll die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge weitergeführt werden?

Armee, Bund und Kantonale Militärhoheit: Wie, wann und warum verloren die Kantone die verfassungsrechtliche Verfügungsgewalt über ihre militärischen Formationen? Welches sind die Auswirkungen auf Armee und Sicherheit?



Bestellen Sie Ihre Exemplare, solange Vorrat!

Pro Militia hat auf eigene Rechnung je eine limitierte Zusatzaufgabe drucken lassen. Die Broschüren können mittels einer Vorauszahlung von **Fr. 15.– pro Broschüre / 2 Broschüren je Fr. 12.– / 3 Broschüren je Fr. 10.–** (für Selbstkosten einschliesslich Versand) bestellt werden mit jeweiligem Vermerk (Zahlungszweck): **Anzahl Synopse und/oder TTE und/oder ABK.** Postkonto 80-500-4 (Credit Suisse, 8070 Zürich) IBAN CH89 0483 5099 9136 2100 0 Pro Militia, Postfach 369, 3000 Bern 14

Studie «Sicherheit 2011»

Medienmitteilung VBS vom 24. Mai 2011 (Auszüge)

Die Schweiz soll politisch und wirtschaftlich unabhängig bleiben. 77% der stimmberechtigten Schweizer und Schweizerinnen fordern eine möglichst autonome Schweiz. Dies zeigt der Jahresbericht 2011 der Studienreihe «Sicherheit» der Militärakademie an der ETH Zürich und des Center for Security Studies, ETH Zürich.

Seit der erstmaligen Erhebung der Zustimmung zur aussenpolitischen Autonomie im Jahr 1993 war diese noch nie so hoch wie zu Beginn des Jahres 2011. Ungebrochen ist auch die äusserst hohe Unterstützung von 94% für die Neutralität. Damit einher geht dieses Jahr auch eine weit verbreitete EU-Skepsis, wie sie seit 1993 ebenfalls noch nie gemessen

wurde. Eine politische Annäherung an die EU wird nur noch von 37% der Befragten unterstützt. Im Vergleich zum Vorjahr sind dies 13 Prozentpunkte weniger. Die Akzeptanz eines EU-Beitritts ist ebenfalls drastisch um zwölf Prozentpunkte auf 19% gesunken.

Akzeptanzgewinn der Armee bei den 20–29-Jährigen

Die Beziehung der Schweizer und Schweizerinnen zur Armee kann weiterhin als ambivalent umschrieben werden. Die Armee wird als notwendig (79%) und wichtig (6.3 auf einer Skala von 1 bis 10) erachtet, und insgesamt ist die Stimmbevölkerung mit den Leistungen der

Schweizer Armee zufrieden (6 auf einer Skala von 1 bis 10). Trotzdem liegt das Vertrauen in die Armee 2011 immer noch unter dem langjährigen Mittel und die Verteidigungsfähigkeit wird angezweifelt. Nur 43% glauben an diese. Insgesamt hat sich die Einstellung der Bevölkerung zur Armee innert Jahresfrist kaum verändert. Nur der deutliche Akzeptanzgewinn der Armee bei den 20–29-Jährigen sticht hervor. Unter diesen halten 2011 69%, das heisst 15 % mehr als im Vorjahr, die Armee für notwendig.

Kein Konsens bezüglich Wehrpflicht

In der Frage des Wehrmodells ist die Stimmbevölkerung gespalten. 47% sprechen sich für die Milizarmee und 43% für eine Berufsarmee aus. Jedoch will nur eine Minderheit von 37% die Wehrpflicht abschaffen. Grosse Zustimmung findet der Vorschlag einer allgemeinen Dienst-

pflucht, wobei Männer zwischen Militärdienst, Zivildienst und Sozialdienst wählen könnten (70%).

Auslandeinsätze der Schweizer Armee – unbekannt und abnehmende Legitimation

Die Schweizer Stimmbevölkerung weiss über das Ausland-Engagement der Schweizer Armee kaum Bescheid. Am bekanntesten ist der Swisscoy-Einsatz im Kosovo. 33% der Befragten geben an, mindestens einige Fakten zu kennen; 14% haben noch nie von diesem gehört. Den Einsatz als Erfolg oder Misserfolg zu bewerten, fällt der Bevölkerung schwer. Klar gegen die Weiterführung der Swisscoy sprechen sich 21% der Befragten aus, die den Einsatz kennen. Die Legitimation der Entsendung von Schweizer Uno-Friedenstruppen nimmt ab. Nur noch die Hälfte der Schweizer Stimmbevölkerung stimmt diesem Engagement zu.

Die Datenerhebung zur Studie «Sicherheit» fand vom 17. Januar bis 4. Februar 2011 telefonisch bei 1209 Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern in allen Sprachregionen der Schweiz statt. Durchgeführt wurde die Erhebung durch das Forschungsinstitut DemoSCOPE. Der Stichprobenfehler liegt bei ±3%.

Tibor Szvircsev Tresch, Andreas Wenger (Hrsg.): Sicherheit 2011 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend.

320 Seiten, Abbildungen und Tabellen, broschiert. Center for Security Studies, ETH Zürich und Militärakademie an der ETH Zürich, Zürich 2011. ISBN 3-905696-32-0 ISSN 1424-5698.

Leserbriefe Courier des lecteurs Lettere alla redazione

Die Redaktion freut sich über Zuschriften – je kürzer, desto besser und möglichst als elektronisches Manuskript. Sie ist besorgt für die Auswahl der Leserbriefe und deren allfällige Kürzungen. Bitte Vorname, Name, militärischer Grad und Wohnort angeben!

La rédaction se félicite de vos contributions – quelques brèves qu'elles soient – et si possible sous forme électronique. Elle se charge du choix et d'éventuelles coupures. Ajouter s.v.p. nom, prénom et adresse!

La redazione ringrazia per le lettere dei lettori. Invita a esseri brevi e, per quanto possibile, a spedire i testi in forma elettronica. Essa provvederà a scegliere le lettere da pubblicare, riservandosi il diritto di accorciarle. P.f. indicare sempre nome, cognome e luogo di residenza!

Was geht die Schweiz das internationale Abkommen betreffend das Verbot der «Streumunition» an?

Der Bundesrat – in seiner damaligen Zusammensetzung! – hat dieses Abkommen im Dezember 2008 unterzeichnet. Jetzt geht es um die Ratifikation dieses Übereinkommens*. Die Schweiz hat allen Grund, sich dem Beispiel des –

ebenfalls neutralen Finnland – anzuschliessen und die Genehmigung dieses Vertrages zu verweigern. Dafür sprechen zwei gewichtige Argumente: Erstens, dass die Schweiz seit spätestens 1815, am Ende der französisch-napoleoni-

schen Kriege, die Europa während mehr als 20 Jahren heimsuchten, nie einen anderen Staat angegriffen und bedroht hat. Der Wiener Kongress hat 1815 urbi et orbi kundgetan, «que l'intérêt général réclame en faveur du corps helvétique l'avantage d'une neutralité perpétuelle». Und die Schweiz hat entsprechend gehandelt und die Pflichten,

die mit der ständigen, bewaffneten Neutralität einhergehen, erfüllt – was ihr Verschontbleiben vom Krieg seit fast 200 Jahren wesentlich erklärt.

Die Schweiz hat also keinen moralischen Grund, sich dem Verbot des Besitzes von artilleristischer Streumunition zu unterziehen, umso mehr als sie den Kampf, sollte sie durch eine Aggression dazu gezwungen, die evidenterweise völkerrechtswidrig wäre, auf dem eigenen Boden führen würde. Derselbe Bundesrat hat, seit spätestens 2002 genug Schuld auf sich geladen durch unverantwortliche Kürzung der finanziellen Mittel der Armee, was erst noch in schreiendem Gegensatz zu einem halben Dutzend Volksentscheiden seit

Ende der Achtzigerjahre steht, so dass man fordern muss: genug!

Dominique Brunner, Oberst i Gst a D und ehemaliger Regimentskommandant.

* 11.036 – Botschaft zur Genehmigung des Übereinkommens über Streumunition und zu einer Änderung des Kriegsmaterialgesetzes vom 6. Juni 2011.

www.promilitia.ch

Besuchen Sie die Internet-Seite!
Visitez le site internet!
Visitate il sito internet!

Ich trete bei / J'adhère / Mi faccio socio

Anmeldetalon nur für Neumitglieder
Uniquement pour de nouvelles admissions
Da utilizzare solo dai nuovi soci

Name / nom / cognome

Vorname / prénom / nome

Geburtsdatum / date de naissance / data di nascita

Strasse Nr. / rue n° / via n°

PLZ, Wohnort / NPA, domicile / NPA, domicilio

Datum / date / data

Unterschrift / signature / firma

Bitte einsenden an / renvoyer s.v.p. à:
Pro Militia / Postfach / Case postale 369; 3000 Bern 14
Postkonto / compte postal 30-31912-9

Jahresbeitrag Fr. 25.– / Cotisation annuelle frs. 25.–. Nach Einzahlung meines ersten Jahresbeitrags erhalte ich das Vereinsabzeichen / L'insigne de l'Association me sera envoyé dès le paiement de ma première cotisation annuelle

Dal Ticino e dal Grigioni italiano da spedire p. f. a:
Pro Militia, Sezione della Svizzera Italiana
Alessandra Isotta, Via dei Sindacatori 5, 6900 Massagno
Conto postale 69-1062-5

Tassa sociale annua fr. 35.–. Il distintivo dell'Associazione mi sarà spedito dopo il pagamento della mia prima tassa sociale annua.

Impressum

Nummer/Numéro/Numero
3/2011, 12.09.2011

Abschlussdatum/Date de
clôture/Data di chiusura:
26.08.2011

Druckauflage/Tirage/
Tiratura: 5000

ISSN 1662-5560

21. Jahrgang/21^e année/
21^o annata

Erscheint vierteljährlich/Paraît
trimestriellement/Trimestrale

Nummer/Numéro/
Numero 4/2011

Redaktionsschluss/Délai de
rédaction/Termine di redazione:
28.10.2011

Erscheinungsdatum/Date de
parution/Data di pubblicazione:
28.11.2011

www.promilitia.ch

Pro Militia

Herausgeber/Editeur/Editore
Pro Militia

Vereinigung ehemaliger und
eingeteilter Angehöriger der
Schweizer Armee
Association d'Anciens militaires
et de militaires incorporés de
l'Armée Suisse
Associazione di ex militari e di
militari incorporati dell'Esercito
Svizzero

Präsident/président/presidente:
André Liaudat
Vizepräsidenten/vice-présidents/
vice-presidenti: Jean Abt, Simon
Küchler
Presidente Sezione della Svizzera
italiana (SSI): Angelo Polli

Chefredaktor/Rédacteur en
chef/Caporedattore:

Vakant
redaktion@promilitia.ch

Bundeshaus-Redaktor/Corres-
pondant parlementaire/Corri-
spondente parlamentare:
Heinrich L. Wirz, Ritterstrasse 4,
3047 Bremgarten, 031/301 79 13
redaktion@promilitia.ch

Geschäftsstelle/Secrétariat/
Ufficio

Postfach/Case postale/
Casella postale 369
3000 Bern 14
sekretariat@promilitia.ch
Postkonto 30-31912-9

Druck und Versand/Impres-
sion et expédition/Stampa e
spedizione:

Stämpfli Publikationen AG,
Postfach, 3001 Bern

Copyright © Pro Militia

Alle Rechte vorbehalten /
Tous droits réservés/
Tutti i diritti riservati



Mitglied der Vereinigung Europäische Militärfachpresse
Membre de l'association de la presse militaire européenne
Membro dell'associazione della stampa militare europea